

N i e d e r s c h r i f t

S p K F S / V I I I / 2

Niederschrift über die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses der Gemeinde Rosendahl am 11.03.2010 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Die Ausschussvorsitzende

Everding, Clara

Die Ausschussmitglieder

Deitert, Manuel

ab TOP 5 ö.S., Vertretung
für Alfred Eimers

Förster, Ursula

Vertretung für Lisa Margeaux
Meier

Görny, Michael

Hirtz, Sven

Lembeck, Martin

Isfort, Mechthild

Steindorf, Ralf

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Roters, Dorothea

Produktverantwortliche

Wisner-Herrmann, Sabine

Schriftführerin

Als Gäste

Fedder, Thomas

Vorsitzender des Sportver- zu TOP 5 ö. S.
eins Schwarz-Weiß Holt-
wick e.V.

Mensing, Hartwig

Vorsitzender der WIR- zu TOP 6 ö. S.
Fraktion

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Eimers, Alfred

Meier, Lisa Margeaux

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:30 Uhr

Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Everding eröffnete die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, als Gäste Herrn Fedder und Herrn Mensing, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung, sowie Frau Dircks von der Allgemeinen Zeitung.

Anschließend stellte sie die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin Vorlage: VIII/96

Ausschussvorsitzende Everding stellte Frau Wisner-Herrmann als neue Mitarbeiterin der Gemeinde Rosendahl vor, die als Schriftführerin für möglichst alle Rats- und Ausschusssitzungen tätig werden solle. Sie schlug vor, Frau Wisner-Herrmann zur Schriftführerin des Sport-, Familien-, Kultur- und Sozialausschusses und Frau Roters als Stellvertreterin zu bestellen.

Der Ausschuss fasste folgenden **Beschluss**:

Frau Wisner-Herrmann wird bis zum Ende der Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin und Frau Roters zur stellvertretenden Schriftführerin des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

2.1 Grundstück des geplanten Jugendhauses im Ortsteil Osterwick - Herr Espelkott

Herr Espelkott fragte nach, ob für das Grundstück, auf dem das Jugendhaus entstehen solle, Bauanfragen gestellt worden seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil antwortete, dass es keine derartigen Anfragen gebe oder gegeben habe, weder schriftlich noch telefonisch.

2.2 Bürgerbegehren gegen das geplante Jugendhaus im Ortsteil Osterwick - Herr Weber

Herr Weber erkundigte sich, ob sich das Bürgerbegehren nur gegen das geplante Jugendhaus richte oder gegen den gesamten Ratsbeschluss vom 17. Dezember

2009.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass sich das Bürgerbegehren nicht nur gegen den Umbau des Übergangwohnheimes in ein Jugendheim für die offene Jugendarbeit richte, sondern auch gegen die Bereitstellung der dafür notwendigen Finanzierungsmittel. Die Bereitstellung der Mittel für die 10-jährige Nutzungszeit sei unmittelbar mit der Nutzung des Gebäudes verbunden. Wenn das Bürgerbegehren zum Tragen komme, werde somit der komplette Ratsbeschluss hinfällig.

2.3 Zukunft der offenen Jugendarbeit in den drei Ortsteilen - Herr Espelkott

Herr Espelkott stellte die Frage, ob es unter diesen Umständen noch eine Zukunft für die offene Jugendarbeit in den drei Ortsteilen der Gemeinde Rosendahl gebe.

Bürgermeister Niehues betonte, dass der alte Beschluss des Rates über die Zuschussgewährung bis Ende 2011 weiterhin gültig bleibe.

3 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 Gescho

3.1 Vertrag über das Jugendhaus mit der Kolpingsfamilie Osterwick - Herr Steindorf

Ausschussmitglied Steindorf erkundigte sich, wann der mit der Kolpingsfamilie Osterwick geschlossene Vertrag den Rats- bzw. Ausschussmitgliedern vorgelegt werde.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er allen interessierten Rats- und Ausschussmitgliedern Akteneinsicht gewähren wolle. Diese könnten sich dazu in seinem Büro melden.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen vom 02. Dezember 2009. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

5 Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Umwandlung des

**Tennenplatzes im Ortsteil Holtwick in einen Kunstrasenplatz
Vorlage: VIII/107**

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/107 und bat Herrn Thomas Fedder vom Sportverein Schwarz-Weiß Holtwick darum, den im Dezember 2009 gestellten Antrag noch einmal kurz zu erläutern.

Herr Fedder legte noch einmal die Inhalte des Antrages vom 6. Dezember 2009 dar. Er verwies auf den seit 31 Jahren intensiv genutzten Ascheplatz, der insbesondere im Winter keinen geregelten Trainingsbetrieb mehr zulasse. Durch die Einrichtung eines Kunstrasenplatzes werde eine zeitgemäße Kompensationsmöglichkeit für die hohe Belastung durch den Trainingsbetrieb gegeben. Man sei sich darüber im Klaren, dass man den Antrag beim Vorliegen eines HSK stelle, hoffe aber heute wenigstens ein Signal mitnehmen zu können, dass der Kunstrasenplatz zu einem späteren Zeitpunkt noch gebaut werde.

Ausschussmitglied Steindorf regte an, zusätzlich im Beschluss festzuschreiben, dass die jährliche Sportpauschale für den Kunstrasenplatz im Ortsteil Holtwick angesammelt werden solle.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass es sich hierbei im Moment um eine Summe von 40.000 € jährlich handele.

Ausschussvorsitzende Everding bat darum, in den Beschluss den Namen des Sportvereins, Schwarz-Weiß Holtwick, einzufügen.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden geänderten **Beschluss**:

1. Die Notwendigkeit der vom Sportverein Schwarz-Weiß Holtwick beantragten Umwandlung des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz wird grundsätzlich anerkannt.
2. Die Finanzierung der Umbaumaßnahme lässt sich aufgrund der voraussichtlichen Liquiditätsentwicklung innerhalb des Konsolidierungszeitraumes (2011 bis 2014) derzeit nicht darstellen.
3. Die Gemeinde wird rechtzeitig vor Ablauf des Konsolidierungszeitraumes die Möglichkeiten für eine Realisierung des Projektes prüfen.
4. Die jährliche Sportpauschale wird zweckgebunden für den Umbau des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz angesammelt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

**6 Antrag der WIR-Fraktion vom 01.03.2010 auf Errichtung von "Erlebnis/Abenteuer"-Spielplätzen in den drei Ortsteilen
Vorlage: VIII/110**

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/110 und bat Herrn Mensing um Erläuterung des Antrages.

Herr Mensing erklärte, dass die WIR-Fraktion sich intensiv mit dem Thema Spielplätze beschäftigt habe und zu dem Schluss gekommen sei, dass zur Attraktivitätssteigerung der drei Ortsteile Erlebnis- oder Abenteuerspielplätze eingerichtet werden sollten.

Er präsentierte zunächst eine ganze Reihe von Fotos, die die bestehenden Spielplätze in den Ortsteilen Holtwick, Osterwick und Darfeld zeigten. Alle Spielplätze seien standardmäßig ausgestattet mit Rutsche, Schaukel oder Wippe. Es gebe aber keine Möglichkeiten, die die Phantasie und das kreative Gestalten der Kinder anregten, wie Wasserspielplätze, Matschecken, Versteckmöglichkeiten etc. Einzig der Grillplatz des Verkehrsvereins Rosendahl biete hier eine Alternative, da am Lauf der Vechte gelegen und besonders im Sommer auch als Spielplatz geeignet. Als interessante Alternative zeigte er Bilder von den Spielplätzen „Hasenhöhle“ in Rheine Mesum und „Kreyenburg“ in Neuenkirchen. Diese Spielplätze seien überregional bekannt, weil es neben attraktiven Spielgeräten Matschplätze, WCs und einen kleinen Kiosk gebe.

Die Idee der WIR-Fraktion sei, dass eine bestimmte Summe zur Realisierung zur Verfügung gestellt werde. Die Vorschläge für einen speziellen Abenteuerspielplatz sollten aber aus der Bevölkerung kommen. Wenn man Vereine und Nachbarschaften mit ins Boot hole und mit deren Hilfe Projekte anstoßen könne, glaube man auch den Vandalismus eindämmen zu können.

Ausschussmitglied Görny betonte, dass auch er hier einen großen Vorteil für die drei Ortsteile sehe. Gerade junge Familien und insbesondere zugezogene Familien hätten auf so einem Platz die Möglichkeit, sich kennen zu lernen. Man müsse nicht unbedingt neue Spielgeräte kaufen, vielleicht gebe es die Möglichkeit, in Eigenarbeit tätig zu werden.

Ausschussmitglied Deitert hielt dies auch für eine gute Idee. Er teilte mit, dass die vorhandenen Spielplätze teilweise schon jetzt von Anwohnern bzw. Nachbarschaften betreut würden. Die Frage sei, ob man Mittel aus dem Konjunkturpaket II, die eigentlich für die Wirtschaftswege gedacht seien, für die Spielplätze nutzen könne.

Kämmerer Isfort erklärte, dass er hierzu bereits in der Sitzungsvorlage eine Stellungnahme abgegeben habe. Die Entscheidung liege aber bei der Politik im Rahmen der gegebenen Finanzsituation. Er schlage vor, hier keine Mittel aus dem Konjunkturprogramm abzuzweigen, um keinen Unterhaltungsstau bei den Wirtschaftswegen zu produzieren, sondern die allgemeine Investitionspauschale des Landes in Anspruch zu nehmen. Sollte dies realisiert werden, führe das wiederum zu einem Geldmittelabfluss in einem anderen Bereich. Die Liquiditätsentwicklung der Gemeinde verschlechtere sich dadurch.

Ausschussmitglied Steindorf machte deutlich, dass er den Antrag der WIR-Fraktion unterstütze, stellte aber die Frage, ob man diesen Antrag nicht in Verbindung mit dem nächsten TOP beraten müsse. Nach der Feststellung, welche Spielplätze man in Rosendahl erhalten wolle, könne man dann über die Verwendung von verbleibendem Material und Geräten beraten. In diesem Zusammenhang fragte er, ob die Gemeinde noch im Besitz einer alten Walze sei, die man vielleicht als attraktives Spielgerät aufstellen könne. Weiter schlage er vor, vor dem finanziellen Hintergrund des HSK keinen endgültigen Beschluss zu fassen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass die alte Walze der Gemeinde Rosendahl in einem Schuppen an der Darfelder Straße stehe. Sie sei im Moment noch einsatzfähig, was natürlich nicht mehr möglich sei, wenn sie erst einmal als Spielgerät verwendet werde.

Ausschussmitglied Hirtz betonte, dass auch er die Idee der WIR-Fraktion für sehr gut halte, gab aber zu bedenken, wie es auf den Bürger wirken möge, wenn überall

gestrichen und gespart werde und dann drei große Spielplätze errichtet würden.

Ausschussmitglied Görny wies hier noch einmal darauf hin, dass gerade für junge Familien Attraktionen in den drei Ortsteilen fehlten.

Ausschussmitglied Steindorf fasste zusammen, dass die Idee der WIR-Fraktion uneingeschränkte Zustimmung der Ausschussmitglieder erhalte, dass man sich aber keinen „Schnellschuss“ leisten könne, da die entstehenden Schulden später die eigenen Kinder zu tragen hätten.

Ausschussmitglied Görny fragte, ob denn die Wirtschaftswege wichtiger seien als Kinder.

Kämmerer Isfort bat darum, diese Dinge getrennt zu betrachten. Die Wirtschaftswege seien bereits vorhanden und es bestehe hier eine Unterhaltungspflicht.

Ausschussmitglied Newman wies darauf hin, dass die bestehenden und gut genutzten Spielplätze sich insbesondere durch eine schöne landschaftliche Lage auszeichneten. Vielleicht könne man in Verbindung mit einer Elterninitiative diese Spielplätze weiter ausgestalten.

Ausschussmitglied Deitert machte den Vorschlag, die Spielgeräte der abzubauenen Plätze auf den verbleibenden Spielplätzen zu zentralisieren.

Ausschussmitglied Newman erläuterte, was sie persönlich sich unter einem Abenteuerspielplatz vorstelle. So ein Platz sei für sie nicht mit enormen Kosten verbunden. Man könne z.B. mit Naturmaterialien wie Holzplanken, die die Kinder für einen Hütten- oder Brückenbau verwenden könnten, die Phantasie der Kinder anregen.

Ausschussmitglied Steindorf schlug vor, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, inwieweit der Antrag der WIR-Fraktion realisierbar sei und ob man durch Partnerschaften die Pflege solcher Plätze Anwohnern oder Nachbarschaften übertragen könne.

Ausschussvorsitzende Everding ließ sodann über den von Bürgermeister Niehues formulierten Prüfauftrag für die Verwaltung **abstimmen:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern die Zielsetzung des Antrages der WIR-Fraktion unter Berücksichtigung der verbleibenden Spielplätze und vorhandenen Ressourcen verwirklicht werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Aufgabe von Spielplätzen in der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VIII/106**

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/106 und bat um Wortmeldungen und Fragen zum Thema.

Ausschussmitglied Görny wies darauf hin, dass der Spielplatz „Am Bahndamm“ in Darfeld noch intensiv genutzt werde.

Ausschussmitglied Steindorf bat darum, die Streichvorschläge der Verwaltung nicht zu diskutieren.

Ausschussmitglied Newman fragte, ob man Spielplätze, die jetzt gestrichen würden, evtl. später noch nutzen könne, auch im Hinblick auf den Antrag der WIR-Fraktion, Abenteuer- oder Erlebnisspielplätze zu errichten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil versicherte, dass dies kein Problem sei, da die Flächen im Bebauungsplan als Spielplätze ausgewiesen seien und daher ohne eine Bebauungsplanänderung keine andere Nutzung möglich sei.

Ausschussmitglied Hirtz erkundigte sich, was mit den Grundstücken passiere, die nicht mehr als Spielplätze genutzt würden. Er wies hier auf den Spielplatz „Wördken“ in Holtwick hin, der nachweislich ausgesprochen gut frequentiert werde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass man die Grundstücksflächen zunächst als Grünfläche belassen werde, die zweimal im Jahr gemäht werden solle.

Ausschussmitglied Newman erkundigte sich, ob man diese Flächen auch für Nachbarschaftsfeste nutzen dürfe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dieses möglich sei.

Ausschussmitglied Görny unterstützte die Aussage von Ausschussmitglied Hirtz, dass gerade der Spielplatz „Wördken“ intensiv genutzt werde und bat darum, den Streichungsvorschlag zu überdenken.

Bürgermeister Niehues machte folgenden Kompromissvorschlag. Unter der Voraussetzung dass die Anwohner die komplette Pflege des nur 294 qm großen Spielplatzes übernehmen und die Gemeinde somit nur noch für die Geräteprüfung zuständig sei, könne man diesen Spielplatz erhalten.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden geänderten **Beschluss**:

Aufgrund der Haushaltssicherung werden zur Reduzierung von Unterhaltungs- und Personalkosten kurzfristig folgende Spielplätze aufgegeben:

im Ortsteil Darfeld

Kortüms Esch
Am Bahndamm
Oberdarfelder Straße
Nikolausstraße

im Ortsteil Osterwick

Zum Wiedel (neben dem Übergangwohnheim)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ausschussvorsitzende Everding erkundigte sich, ob man den Spielplatz Osterwick-Nord umbenennen könne, da der jetzige Name in der Bevölkerung keinen Wiedererkennungswert habe.

Ausschussmitglied Steindorf machte den zusätzlichen Vorschlag, die Spielplätze mit gut sichtbaren Nummernschildern zu versehen und diese Nummern dann der Rettungsleitstelle mitzuteilen. Sollte ein Kind einen Notruf absetzen müssen, sei es einfacher, dann nur die Nummer des Spielplatzes zu nennen.

Dies wurde von allen Ausschussmitgliedern als sehr gute Anregung aufgenommen.

Ausschussmitglied Isfort nahm den Vorschlag von Ausschussvorsitzender Everding auf und schlug vor, die Namensgebung des Spielplatzes durch die Anwohner erfolgen zu lassen.

Ausschussmitglied Steindorf unterstützte dies dahingehend, dass man durch die Errichtung von Patenschaften, die auch an der Namensgebung beteiligt seien, eine noch größere Identifizierung und Verantwortlichkeit erreiche.

8 Haushaltsplan für das Jahr 2010 **hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses** **Vorlage: VIII/98**

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/98 und bat um Wortmeldungen zum Thema.

Kämmerer Isfort ließ zunächst eine Liste mit einer Übersicht über den rechtlichen Bindungsgrad von Haushaltsmitteln und deren betragsmäßiger Größe verteilen (**Anlage I**). Er erläuterte hierzu, dass die insgesamt für 2010 veranschlagten Aufwendungen in Höhe von rund 21,3 Mio. € mit einem Teilbetrag von rund 18 Mio. € fremdbestimmt seien. Fremdbestimmt in diesem Zusammenhang bedeute, dass weder hinsichtlich der Veranlassung zur Tötigung dieser Aufwendungen noch im Hinblick auf deren Umfang für die Gemeinde Gestaltungsspielraum bestehe. Lediglich für einen Teilbetrag von rund 3,2 Mio. € bestünden für die Gemeinde gestalterische Spielräume. Wenn man aber bedenke, dass aus dem verbleibenden Betrag neben dem Aufwand für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der gemeindlichen Gebäude und Infrastruktur z.B. auch die Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten in der Gemeinde und die Zuschüsse an die öffentliche Vereine und Verbände erbracht werden, so sei die Gestaltbarkeit auch für diesen Bereich deutlich eingeschränkt.

Ausschussvorsitzende Everding erkundigte sich danach, warum die Gemeinde Rosendahl eine Krankenhausumlage zahlen müsse.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass eigentlich das Land für die Krankenhausfinanzierung zuständig sei, aber inzwischen die Gemeinden damit belastet habe.

Produkt 03 – Gleichberechtigung von Frau und Mann

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass man durch die Einsparung bei der Kreisumlage in Höhe von 130.000 € die Kulturarbeit fortführen könne wie bisher.

Produktverantwortliche Roters teilte mit, dass in den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen auch 300 € für die Öffentlichkeitsarbeit enthalten seien. Dies sei

z.B. die Erstellung des Frauenhandbuches oder des Mädchenmerkers.

Bürgermeister Niehues schlug vor, im HSK S. 13 die Ziffer 1 zu streichen und die Ziffer 2 bestehen zu lassen.

Ausschussmitglied Steindorf betonte, dass noch in der Sitzung am Vortag davon gesprochen worden sei, dass die Jugendamtsumlage drastisch erhöht worden sei. Vor diesem Hintergrund plädiere er dafür, die Ansätze aus dem HSK so bestehen zu lassen.

Kämmerer Isfort teilte mit, dass die Jugendamtsumlage auf einem Defizit aus 2008 beruhe und in 2010 ausgeglichen werden müsse. Eine Auswirkung für die späteren Haushaltsjahre bzw. den Haushaltsausgleich in 2014 gebe es nicht.

Produktverantwortliche Roters wies darauf hin, dass es sich bei der Gleichstellung auch um Pflichtaufgaben handele. Es gebe in Orten ab 10.000 Einwohnern die gesetzliche Verpflichtung, eine Gleichstellungsbeauftragte zu beschäftigen. Dadurch würden natürlich auch finanzielle Verpflichtungen erwachsen, die sie zum Teil durch Mittel aus der Kulturarbeit bestreite.

Ausschussmitglied Steindorf teilte mit, dass er bei seiner Entscheidung bleiben wolle.

Ausschussvorsitzende Everding ließ darüber **abstimmen**, ob man im HSK S. 13 die Ziffer 1 streichen wolle, die Ziffer 2 aber bestehen lasse.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja Stimmen
 4 Nein Stimmen
 2 Enthaltungen

Damit war dieser Vorschlag **abgelehnt**.

Produkt 07 – Städtepartnerschaften

Ausschussmitglied Hirtz erkundigte sich, wie die unterschiedlichen Zahlen bei der Position 15-531800 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (S. 96) zustande kommen.

Kämmerer Isfort erläuterte anhand der ursprünglich angemeldeten Zahlen für die Jahre 2010 bis 2013, dass die jetzt verankerten Beträge schon Ergebnis der internen Haushaltsberatungen seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil betonte, dass dabei schon 2 Zuschusspositionen gestrichen worden seien; die Seniorenbegegnungen und die Schulbegegnungen.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass sich im Vorfeld die Fraktionen bereits darauf verständigt hätten, dass der 2. Schritt im HSK S. 17, also die vollständige Streichung der Mittel im Jahr 2013, zurück genommen werden solle.

Ausschussmitglied Görny stellte für die WIR-Fraktion den Antrag, für das Jahr 2013 wieder 1.000 € in den Ansatz einzustellen.

Ausschussvorsitzende Everding betonte, dass man die ins Leben gerufenen Partnerschaften unbedingt pflegen müsse und ließ über den Antrag von Ausschussmitglied Görny **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Antrag **angenommen**.

Produkt 16 – Kulturveranstaltungen und – förderung

Ausschussmitglied Steindorf teilte mit, dass man in diesem Bereich den Vorschlägen der Verwaltung für die Fortsetzung der Veranstaltungen im Rahmen des Kulturprogramms folgen wolle.

Ausschussvorsitzende Everding ließ nach einem großen Lob für Produktverantwortliche Roters darüber **abstimmen**, den Maßnahmenpunkt 3 des HSK S.27 zu streichen:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Ausschussmitglied Deitert erkundigte sich, ob die Möglichkeit der Gründung einer Bürgerstiftung bestehe, um so langfristig die Kulturarbeit in Rosendahl zu fördern und zu unterstützen.

Produktverantwortliche Roters bestätigte, dass ein Kulturprogramm ein gewisser Luxus sei, den man sich nur in einem bestimmten Rahmen leisten könne. Tatsächlich sei es sinnvoll, hier neue Wege zu beschreiten, wie z.B. die Gründung einer Stiftung, unter deren Dach sich alle Kulturinteressierten wie Kapellen und Musikvereine zusammenschließen könnten. Bis eine Stiftung allerdings die Defizite eines Kulturprogramms auffangen könne, könnten bis zu 10 Jahre vergehen.

Ausschussmitglied Görny fragte, ob es möglich sei, durch eine größere Auflage und Preiserhöhung der Kulturkarte Mehreinnahmen zu erzielen.

Produktverantwortliche Roters antwortete, dass die Kulturkarte grundsätzlich in unbegrenzter Anzahl erhältlich sei. Es seien für das Jahr 2010 insgesamt 204 Kulturkarten verkauft worden, davon 171 große, die die Teilnahme am Liederabend beinhalten würden. Der Liederabend sei ein großer Magnet. Die Kulturkarte sei Teil einer Marketingstrategie. Man erhalte ein volles Programm für die Hälfte des Preises. Dies sei ein theoretisches Angebot, da nur wenige Kulturkarteninhaber alle Vorstellungen besuchten. Viele seien sogar nur daran interessiert, frühzeitig die Karten für den Liederabend zu bekommen, der immer ausverkauft sei, und besuchten keine der anderen Veranstaltungen. Letztendlich führe diese Ermäßigung so zu Mehreinnahmen. Die Lesungen seien seit Einführung der Kulturkarte auch enorm gut besucht, im Vergleich zu früheren durchschnittlich 20 Teilnehmern habe sie heute häufig bis zu 150 Besucher. Diese Zahlen würden manche Großstadt neidisch werden lassen. Man müsse bei der Preisgestaltung ganz behutsam vorgehen. Eine stärkere Anhebung in diesem Jahr sei ihr nicht ratsam erschienen, im nächsten Jahr sei eine weitere Anhebung um 5 € eventuell möglich.

Ausschussmitglied Steindorf stellte die Idee einer „Mystery Kultour Baumberge“ vor. Die vier Baumberge Gemeinden Nottuln, Havixbeck, Billerbeck und Rosendahl könnten abwechselnd Veranstaltungen anbieten, bei denen Gäste mit dem Bus zu einer Gaststätte gefahren würden und dann zu einer Kulturveranstaltung. Hier könne man z.B. nicht ausgebuchte Veranstaltungen der jeweiligen Gemeinden wählen. Für die Gäste sei die jeweilige Tour ein komplettes Überraschungsangebot.

Ausschussvorsitzende Everding griff die Idee eines Kulturfördervereins auf, die man doch weiterverfolgen solle.

Anschließend ließ sie über den von Kämmerer Isfort formulierten Prüfauftrag für die Verwaltung, wie man zur Sicherung einer langfristigen Kulturarbeit neue Wege, z.B. in Form einer Stiftung oder eines Fördervereins, gehen könne, **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Prüfauftrag **angenommen**.

Ausschussvorsitzende Everding ließ darüber **abstimmen**, auf die vollständige Streichung sämtlicher Zuschüsse an die örtlichen Vereine, Verbände und Gruppierungen zu verzichten und stattdessen eine Halbierung vorzunehmen: (HSK S. 27, Pos. 531800, Maßnahmenpunkt 1)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Weiter ließ Ausschussvorsitzende Everding darüber **abstimmen**, auf die vollständige Streichung des Betriebskostenzuschusses für die Katholische öffentliche Bücherei zu verzichten und stattdessen eine Halbierung vorzunehmen. (HSK S. 27, Pos. 545800, Maßnahmenpunkt 2)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Produkt 19 – Gemeindliche Kinder-, Jugend- und Familienförderung

Ausschussmitglied Deitert stellte für die CDU-Fraktion den Antrag, den Ansatz für die offene Jugendarbeit von 50.000 € um die Hälfte zu kürzen.

Ausschussmitglied Steindorf erkundigte sich, wie lange die bestehende vertragliche Regelung für die offene Jugendarbeit noch gelte.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass im Rahmen des jetzt geschlossenen Vertrages eine 10-jährige Bindung gegeben sei.

Ausschussmitglied Steindorf fragte, ob es somit richtig sei, dass der Altvertrag für die offene Jugendarbeit bis Ende 2011 gehe und der Ansatz für den neuen Vertrag erst nach Ablauf der 10 Jahre halbiert werden könne, außer wenn das Bürgerbegehren die Erstellung des Jugendhauses verhindere.

Dies wurde von Bürgermeister Niehues bestätigt.

Ausschussvorsitzende Everding ließ über den Antrag von Ausschussmitglied Deitert, den Ansatz für die offene Jugendarbeit zu halbieren, unter Berücksichtigung, dass dies nach dem zurzeit geltenden Vertrag erst nach 10-jähriger Laufzeit möglich sei, **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

Damit war dieser Antrag **angenommen**.

Ausschussvorsitzende Everding ließ weiter darüber **abstimmen**, die Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (HSK S.30, Maßnahmenpunkt 1) nicht zu streichen, sondern zu halbieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Ausschussmitglied Steindorf war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.

Ausschussvorsitzende Everding ließ darüber **abstimmen**, die Förderbeträge für den Erwerb von Wohngrundstücken ab dem 01.07.2010 zu streichen. (HSK S. 30, Maßnahmenpunkt 2)

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Produkt 20 – Sportanlagen

Ausschussmitglied Steindorf trug für die CDU-Fraktion den Vorschlag vor, den kompletten Text der Reduzierungen und Streichungen für Sportanlagen zu streichen und nur den Investitionsverzicht im HSK S. 33 bestehen zu lassen. Dabei verwies er auf den zuvor gefassten Beschluss unter TOP 5 ö.S.

Ausschussmitglied Everding ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Produkt 21 – Sportförderung

Die Ausschussmitglieder sprachen sich für eine Halbierung der Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im HSK S.34 aus.

Ausschussvorsitzende Everding ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Produkt 45 – Sozialversicherung und –versorgung, Seniorenangelegenheiten

Ausschussmitglied Steindorf schlug vor, die Zuweisungen und Zuschüsse für die Zentralrendantur der Kath. Kirchengemeinden und das Diakonische Werk der Ev. Kirchengemeinden zu halbieren und die Zuschüsse für die Seniorenbetreuung zu belassen.

Ausschussvorsitzende Everding ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 6 Ja Stimmen
 3 Enthaltungen

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Produkt 52 – Kinderspiel- und Bolzplätze

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass der auf S. 53 des HSK formulierte Prüfauftrag unter Berücksichtigung des zuvor unter TOP 6 erteilten Prüfauftrages angepasst werden müsse.

Ausschussvorsitzende Everding ließ über die verwaltungsseitig vorgeschlagenen Maßnahmen des HSK S. 53 **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 55 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

Zu diesem Punkt gab es keine Wortbeiträge.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Die im Entwurf des Haushaltes 2010 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

03	Gleichberechtigung von Frau und Mann
07	Städtepartnerschaften
16	Kulturveranstaltungen und -förderung
19	Gemeindliche Kinder-, Jugend- und Familienförderung
20	Sportanlagen
21	Sportförderung
45	Sozialversicherung und -versorgung, Seniorenangelegenheiten
52	Kinderspiel- und Bolzplätze
55	Denkmalschutz und Denkmalpflege

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernissen zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2010 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Einrichtung eines Besuchsdienstes für Eltern von Neugeborenen

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass es jetzt einen Besuchsdienst von 13 Frauen für die Eltern von neugeborenen Kindern gebe. Am Nachmittag habe es einen Pressetermin mit einem Vertreter des Kreisjugendamtes und den Frauen gegeben, die sich bereit erklärt hätten, in den drei Ortsteilen junge Eltern zu besuchen.

Bei den telefonisch angekündigten Besuchen werde ein Begrüßungspaket mit Informationen für die junge Familie überreicht und es werde auf Angebote der Gemeinde hingewiesen.

Alle Frauen, die am Besuchsdienst teilnahmen, seien in einem Seminar auf diese Aufgabe vorbereitet worden. Rosendahl sei neben Billerbeck, Lüdinghausen und Olfen die vierte Gemeinde im Kreis Coesfeld, die so einen Service anbiete.

9.2 Tag des offenen Denkmals

Weiter teilte Bürgermeister Niehues mit, dass die Gemeinde Rosendahl auch im Jahre 2010 nicht am „Tag des offenen Denkmals“ teilnehmen werde. Der Tag stehe unter dem Motto „Kultur in Bewegung – Reisen, Handel und Verkehr“. Geeignete Denkmäler zu diesem Motto gebe es laut Denkmalliste nicht.

10 Mitteilungen aus dem Rosendahler Jugendforum

Produktverantwortliche Roters berichtete vom letzten Treffen des Rosendahler Jugendforums am 18. Januar 2010. Dabei gewesen seien insgesamt 14 Jugendliche, von denen 6 aus örtlichen Vereinen kamen und 8 aus der offenen Jugendarbeit. Die Hälfte der Teilnehmer sei zum ersten Mal dabei gewesen. Herr Sebastian Nienhaus, Leiter der offenen Jugendarbeit, habe Planungen zum „Haus der Zukunft“ vorgestellt.

Man habe an diesem Abend an die Jugendlichen Pläne der Räumlichkeiten verteilt, die noch keine Einrichtungsgegenstände aufwiesen und darum gebeten, eigene Wünsche und Ideen einzutragen. Auf der Wunschliste der Jugendlichen hätten folgende Dinge ganz oben gestanden:

1. eine Sofaecke
2. eine Kochgelegenheit
3. eine Bühne
4. Internetplätze
5. ein Probenraum für Bands

Diese Wunschliste habe man an den Architekten weitergegeben, um zu sehen, wie

sie umzusetzen sei. Die Hälfte der Anwesenden habe aktive Mitarbeit für den Umbau zugesagt.

Weiter berichtete sie über die Umgestaltung der Internetseite, die einer der Teilnehmer in Zusammenarbeit mit der Verwaltung vornehmen wolle.

Ein neues Treffen des Jugendforums sei nach den Osterferien geplant.

Abschließend ließ Produktverantwortliche Roters eine Mappe mit Fotos herumgehen, die den Ausschussmitgliedern einen Eindruck vom Verlauf des Abends vermitteln sollten.

11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

11.1 Kulturförderverein - Herr Espelkott

Herr Espelkott äußerte abschließend den Wunsch, den Gedanken an einen Kulturförderverein zur Entlastung der Verwaltungsarbeit weiter zu verfolgen.

Clara Everding
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführer/in